

**Betreff** 6. Fortschreibung des Bereichsplans für den Rettungsdienstbereich Wiesbaden

Dezernat/e I

☐ Bericht zum Beschluss

Nr. vom

**Erforderliche Stellungnahmen**

- ☐ Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung  
☐ Kämmerei  
☐ Frauenbeauftragte nach HGIG  
☐ Frauenbeauftragte nach HGO  
☐ Sonstiges

- ☐ Rechtsamt  
☐ Umweltamt: Umweltprüfung  
☐ Straßenverkehrsbehörde

**Beratungsfolge**

Kommission  
 Ausländerbeirat  
 Kulturbeirat  
 Ortsbeirat  
 Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- ☒ nicht erforderlich erforderlich ☐  
☒ nicht erforderlich erforderlich ☐  
☒ nicht erforderlich erforderlich ☐  
☒ nicht erforderlich erforderlich ☐  
☒ nicht erforderlich erforderlich ☐

Magistrat Eingangsstempel  
 Büro d. Magistrats

14. Okt. 2025

Stadtverordnetenversammlung

- ☒ Tagesordnung A Tagesordnung B ☐  
☐ Umdruck nur für Magistratsmitglieder  
☐ nicht erforderlich erforderlich ☒  
☒ öffentlich nicht öffentlich ☐  
☐ wird im Internet / PIWi veröffentlicht

**Anlagen öffentlich**

Anlage 1 - Bereichsplan für den Rettungsdienstbereich  
 Wiesbaden

**Anlagen nichtöffentlich**

25-V-37-0003

☒ keine finanziellen Auswirkungen verbunden☐ finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

## Prognose Zuschussbedarf

☐ rot

☐ grün

abs.:  
in %:

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

☐ Investition

☐ Instandhaltung

abs.:  
in %:

Es handelt sich um ☐ Mehrkosten ☐ budgettechnische Umsetzung

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

1. The first group of respondents (Group 1) consisted of 10 individuals who were members of the local community and had been involved in the project for a period of 12 months. They were selected through a snowball sampling method, where the initial participants were asked to recommend others who had been involved in the project.

2. The second group of respondents (Group 2) consisted of 10 individuals who were members of the local community and had been involved in the project for a period of 6 months. They were selected through a snowball sampling method, where the initial participants were asked to recommend others who had been involved in the project.

3. The third group of respondents (Group 3) consisted of 10 individuals who were members of the local community and had been involved in the project for a period of 3 months. They were selected through a snowball sampling method, where the initial participants were asked to recommend others who had been involved in the project.

4. The fourth group of respondents (Group 4) consisted of 10 individuals who were members of the local community and had been involved in the project for a period of 1 month. They were selected through a snowball sampling method, where the initial participants were asked to recommend others who had been involved in the project.

5. The fifth group of respondents (Group 5) consisted of 10 individuals who were members of the local community and had been involved in the project for a period of 1 week. They were selected through a snowball sampling method, where the initial participants were asked to recommend others who had been involved in the project.

## **B Kurzbeschreibung des Vorhabens | C Beschlussvorschlag | D Begründung**

Bitte blenden Sie das Worddokument 'Dokument\_SVorlage' im Anhang ein und fügen Sie die entsprechenden Informationen dort ein.  
Bitte beachten Sie, dass es sich bei Punkt B Kurzbeschreibung des Vorhabens um ein Pflichtfeld handelt: Anlagefenster öffnen

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Das hessische Rettungsdienstgesetz (HRDG) verpflichtet die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger des Rettungsdienstes zur Sicherstellung ihrer Aufgabenerfüllung Bereichspläne aufzustellen und diese in Abständen von höchstens vier Jahren zu überprüfen und fortzuschreiben. Diese Pläne enthalten Aussagen zur Rettungsdienstinfrastruktur und insbesondere zur Gesamtvorhaltung von Rettungsmitteln unter Bezug auf den aktuellen Bedarf. Soweit sich innerhalb des Überprüfungszeitraums wesentliche Änderungen ergeben, sind diese mit dem Bereichsbeirat nach § 16 Abs. 2 HRDG zu beraten und im Rahmen der Fortschreibung des Bereichsplans umzusetzen.

## C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 die Landeshauptstadt Wiesbaden (Feuerwehr) als Trägerin des Rettungsdienstes für die bedarfsgerechte Bemessung und Durchführung des Rettungsdienstes in Wiesbaden verantwortlich ist.
- 1.2 die Mitglieder des Bereichsbeirates an der Bereichsbeiratssitzung am 16.04.2025 der 6. Fortschreibung des Bereichsplans für den Rettungsdienstbereich Wiesbaden samt Anlagen einstimmig zugestimmt haben.
- 1.3 der anliegende Rettungsmitteldienstplan bedarfsgerecht und die Erweiterung der Rettungswachenversorgungsbereiche (RWVB) um einen weiteren Rettungswachenstandort im nordöstlichen Bereich des Stadtgebiets notwendig ist.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 der 6. Fortschreibung des Bereichsplans für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Wiesbaden zugestimmt wird.
- 2.2 Dezernat I/37 beauftragt wird, die jeweils erforderlichen Einzel-Änderungen zur Sicherung der Aufgabenerfüllung während der Laufzeit der 6. Fortschreibung vorzunehmen.
- 2.3 Dezernat I/37 in Verbindung mit Dezernat V/23 beauftragt wird, ein geeignetes Grundstück für den Standort einer Rettungswache im nordöstlichen Stadtgebiet zu ermitteln und die Machbarkeit zu überprüfen. Das Ergebnis der Machbarkeitsprüfung wird in Form einer Grundsatzvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt, um die weitere Umsetzung einzuleiten.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

- Erhalt der gesetzlich geforderten Einsatzfähigkeit des Rettungsdienstes in der täglichen Gefahrenabwehr im Stadtgebiet Wiesbaden und Weiterentwicklung des Wiesbadener Rettungsdienstes auf Grundlage aktueller wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse

### II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

Das hessische Rettungsdienstgesetz (HRDG) verpflichtet die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger des Rettungsdienstes zur Sicherstellung ihrer Aufgabenerfüllung Bereichspläne aufzustellen und diese in Abständen von höchstens vier Jahren zu überprüfen und fortzuschreiben. Diese Pläne enthalten Aussagen zur Rettungsdienstinfrastruktur und insbesondere zur Gesamtvorhaltung von Rettungsmitteln unter Bezug auf den aktuellen Bedarf. Soweit sich innerhalb des Überprüfungszeitraums wesentliche Änderungen ergeben, sind diese mit dem Bereichsbeirat nach § 16 Abs. 2 HRDG zu beraten und im Rahmen der Fortschreibung des Bereichsplans umzusetzen.

Die vorliegende 6. Fortschreibung des Bereichsplans für den Rettungsdienstbereich Wiesbaden bildet die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage zur Erfüllung des Sicherstellungsauftrags gemäß § 15 Abs. 4 Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG). Die Fortschreibung berücksichtigt sowohl die demografische Entwicklung im Stadtgebiet Wiesbaden als auch strukturelle, medizinische und organisatorische Veränderungen im Rettungsdienst. Diese Fortschreibung wurde am 16.04.2025 in der dafür angesetzten Bereichsbeiratssitzung einstimmig von den Stimmberechtigten beschlossen.

Ein zentrales Element der Fortschreibung ist die aktuelle rettungsdienstliche Bedarfsermittlung unter Berücksichtigung der Einsatzdichte, der Hilfsfristerreichung sowie der Auslastung der vorhandenen Rettungsmittel. Zur Bedarfsermittlung wurde eine umfangreiche Ist-Analyse unter Nutzung des Statistiktools „InMan-Sys“ durchgeführt. Dabei kamen risikoorientierte Planungsansätze zum Einsatz, wie die Berechnung der Wiederkehrzeit von Duplizitätsfällen mittels Poisson-Verteilung. Grundlage bildete das Einsatzaufkommen auf Stundenbasis, differenziert nach Wochentagen, um so die notwendige Vorhaltungssicherheit der Mehrzweckfahrzeuge (MZF) zu gewährleisten.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem Rettungswachenversorgungsbereich 7 (RWVB 7), in dem es trotz Umverteilung eines MZF und Anpassung der Vorhaltung zu einer signifikanten Steigerung der Auslastung auf bis zu 85 % kam. Dies zeigt deutlich, dass die bestehenden Strukturen an ihre Leistungsgrenzen stoßen. Die Hilfsfrist 1 (90 % der Einsätze innerhalb von 10 Minuten) konnte zuletzt nur noch mit erheblichen organisatorischen Kompensationsmaßnahmen knapp eingehalten werden. Hier ist eine Erweiterung der Rettungsmittelvorhaltung unausweichlich.

Vor diesem Hintergrund ist die geplante Implementierung eines weiteren Rettungswachenversorgungsbereichs 4 (RWVB 4) im Bereich Naurod / Rambach / Heßloch (nordöstlicher Teil des Stadtgebietes) ein zentraler Baustein dieser Fortschreibung. Der Bereich Naurod und angrenzende nordöstliche Stadtteile weisen topographische, infrastrukturelle und hilfsfristrelevante Besonderheiten auf, die bislang durch umliegende RWVB nur unzureichend kompensiert werden konnten. Die Etablierung des RWVB 4 trägt wesentlich zur gleichmäßigeren Abdeckung des Stadtgebiets bei und verbessert die notfallmedizinische Erreichbarkeit in einem bislang strukturell unterversorgten Raum.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt betrifft die zunehmenden Personalengpässe im Bereich der Notfallsanitäter/innen. Die kontinuierlich hohe Belastung durch steigende Einsatzzahlen, demografischen Wandel und Fachkräftemangel führt zu einer zunehmenden Reduktion verfügbarer Vorhaltestunden bei den beauftragten Leistungserbringern. Der Bereichsbeirat hat diese Entwicklung ausdrücklich anerkannt und stimmt der Einleitung struktureller und organisatorischer Maßnahmen zu.

Ein Teil dieser Maßnahmen ist die Implementierung neuer, effizienterer Fahrzeugkonzepte wie die Einführung von Notfall-KTW zur Versorgung von minderdringlichen Notfalleinsätzen, die Nutzung digitaler Ressourcen wie IVENA zur Patientenzuweisung sowie die schrittweise Ausweitung der Telemedizin (z. B. Telenotarzt). Zusätzlich werden mit der neuen Dienstordnung für LNA und OLRD sowie dem standardisierten Fahrzeugdesign (vgl. Anlagen 2-4 zum Bereichsplan) auch qualitative und visuelle Standards gesetzt, die zur Professionalisierung und Wahrnehmbarkeit des Rettungsdienstes beitragen und fortan im Bereichsplan gebündelt werden.

Die 6. Fortschreibung stellt somit nicht nur eine gesetzliche Pflicht dar, sondern bildet auch den konzeptionellen Rahmen für eine bedarfsgerechte, zukunftsste und qualitativ hochwertige Notfallversorgung im Stadtgebiet Wiesbaden. Sie wurde im Bereichsbeirat nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen.

### **III. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

keine

## Bestätigung der Dezernent\*innen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Mende', written in a cursive style.

Mende  
Oberbürgermeister